

WESER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

MITTWOCH, 24. JUNI 2020 | 76. JAHRGANG | NR. 145 | EINZELPREIS 1,80 €



Verspätete Preise

Besser spät als nie: Im Juni statt im März und vor knapp 50 statt vor 350 Gästen wurden am Dienstagabend – auf der Galopprennbahn statt im GOP – Bremens Sportler und Sportlerinnen des Jahres 2019 geehrt.

TEXT: ODO/FOTO: FRANK THOMAS KOCH
Bericht Seite 9

Pläne für höhere Parkgebühren

Preise von 3,20 Euro pro Stunde in der Innenstadt – Beschlussvorlage für Senatssitzung zurückgezogen

VON FRANK HETHEY

Bremen. In dieser Woche sollte die Erhöhung der Parkgebühren in Bremen auf den Weg gebracht werden: am Dienstag der Beschluss in der Senatssitzung, am Donnerstag grünes Licht in der Fachdeputation, am 7. Juli die Entscheidung in der letzten Zusammenkunft der Stadtbürgerschaft vor der Sommerpause. Das Verkehrsressort von Maïke Schaefer (Grüne) hatte geplant, die Gebühren auf öffentlichen Parkflächen in der Innenstadt um 60 Prozent zu erhöhen. Parallel sollte in ausgewählten innenstadtnahen Straßenzügen eine Parkgebühr eingeführt werden. Die Beschlussvorlage zur „Optimierung der Parkraumbewirtschaftung“ ist am Dienstag von der Tagesordnung genommen worden.

Die höheren Parkgebühren sind Teil eines Parkraumkonzepts, das auch Regelungen zum Anwohnerparken und die Einführung eines Tagestickets umfasst. In Kraft treten soll die Anhebung am 1. Januar 2021. Das Verkehrsressort rechnet mit jährlichen Mehreinnahmen von knapp 700 000 Euro.

Vorgesehen ist laut der Vorlage, die Parkgebühren in der Zone 1 (Altstadt und Bahnhofsvorstadt) von derzeit 50 Cent je angefangene Viertelstunde auf 80 Cent hochzusetzen. Den

gleichen Betrag sollten Autofahrer auch in der Zone 2 (Universität) je angefangene Stunde und in der Zone 3 (übriges Stadtgebiet) je angefangene halbe Stunde zahlen. Eine Gebühr geplant ist laut Vorlage unterhalb der Hochbrücke B 6 und An der Weserbahn, in der Friedrich-Rauers-Straße, am Breitenweg und in der Falkenstraße.

Mit dieser Gebührenordnung würde Bremen deutlich über die Empfehlungen eines engagierten Gutachterbüros hinausgehen. Die Verkehrsexperten hatten im Januar 2018 zu einer Anhebung der Gebühren um 20 Prozent auf 60 Cent geraten. Die davon abweichende Linie begründet das Verkehrsressort in der Vorlage mit „übergeordneten verkehrspolitischen Gründen“. Im Vergleich mit anderen Städten würde Bremen mit der neuen Gebührenordnung im oberen Preissegment liegen. Pro Stunde müssten Parkplatzsuchende in der Bremer Innenstadt 3,20 Euro in den Automaten werfen. Das ist mehr als im Kernbereich von Hamburg, mit drei Euro pro Stunde. Günstiger ist das Parken im Innenstadtbereich von Hannover mit 2,60 Euro, in Leipzig verlangt die Stadt zwei Euro.

Zu den Gründen für den Rückzieher wollten sich weder das Verkehrsressort noch das von den Linken geführte Wirtschaftsressort

äußern. Auch die Senatskanzlei hält sich bedeckt.

Anders dagegen die Wirtschaftsverbände. Zwar gesteht die Handelskammer ein, sachlich sei die Erhöhung „vermutlich begründet und ließe sich in normalen Zeiten vertreten“. Aktuell komme sie aber zur Unzeit, weil Innenstadtkunden und Investoren gerade einen ganzen Reigen von Negativmeldungen verdauen müssten. „Der stationäre Einzelhandel erlebt einen massiven Umsatzeinbruch. Die Innenstadt benötigt daher gerade jetzt auch positive Signale“, sagt Olaf Orb, stellvertretender Leiter Standortpolitik, Häfen und Verkehr. Zugleich bedauert Orb die fehlende Einbindung der Handelskammer in ein koordiniertes Vorgehen.

Von einem „falschen Zeichen zur falschen Zeit“ spricht die City-Initiative. Die Vielzahl der Signale gegen das Autofahren in der Innenstadt schade dem Einzelhandel, der Gastronomie und den in der Innenstadt ansässigen Dienstleistern, sagt Geschäftsführerin Carolin Reuther.

Als Leidtragende sieht Reuther vor allem die Kunden aus dem Umland. Gegen mehr Fahrradverkehr in der Stadt hat die City-Initiative laut ihrer Geschäftsführerin grundsätzlich nichts einzuwenden. „Allerdings

kann der Ausschluss ganzer Verkehrsteilnehmergruppen oder ein Signal in diese Richtung nicht das Ziel sein – insbesondere auch nicht in dieser Zeit, in der der Handel bereits durch Corona sehr angeschlagen ist.“

Zuletzt wurden die Parkgebühren vor 14 Jahren angehoben, eine Parkraumbewirtschaftung gibt es laut der Deputationsvorlage seit dem Jahr 2003. Das Verkehrsressort beruft sich bei seinem Vorstoß zur Gebührenerhöhung auf den 2014 beschlossenen Verkehrsentwicklungsplan „Bremen 2025“ und den rot-grün-roten Koalitionsvertrag. Darin heißt es, die Parkgebühren in der Innenstadt würden als verkehrslenkende Maßnahme angepasst. Und weiter: „Ein wichtiger Maßstab hierfür ist die Höhe der Parkgebühren in vergleichbaren Großstädten.“

Unstrittig sind offenbar die anderen Bestandteile des Parkraumkonzepts. Dazu gehört, die Höchstdauer des Parkens von 120 auf 90 Minuten zu reduzieren. Ein weiterer Aspekt: Das Verkehrsressort soll erstmals befugt sein, nur mit Zustimmung der Fachdeputation durch Rechtsverordnung die Parkgebühren zu erhöhen. Begründung: „Damit soll eine erleichterte Anpassung der Parkgebühren an die sonstige Steigerung der Mobilitätskosten ermöglicht werden.“

Republikaner kritisieren Trump

Washington. Die Pläne von US-Präsident Donald Trump für einen Abzug von fast 10 000 US-Soldaten aus Deutschland stoßen auf Kritik in der republikanischen Partei im Kongress. Der führende Republikaner im Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses, Michael McCaul, und fünf seiner republikanischen Kollegen aus dem Gremium forderten Trump in einem Brief dazu auf, die Entscheidung zu überdenken. Ein Abzug von US-Soldaten aus Deutschland könne auch die Nationale Sicherheit der USA gefährden und den russischen Präsidenten Wladimir Putin stärken, argumentierten sie.

Trump hatte am Montag vergangener Woche angekündigt, dass die Zahl der US-Soldaten in Deutschland auf 25 000 reduziert werden soll. Derzeit sind rund 34 500 US-Soldaten in Deutschland stationiert. Mit einem Teilabzug der US-Truppen will Trump Deutschland für die aus seiner Sicht weiterhin zu geringen Verteidigungsausgaben bestrafen. DPA

POLITIK

Seehofer verbietet „Nordadler“

4

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hat die rechtsextremistische Vereinigung „Nordadler“ verboten. Polizeibeamte durchsuchten zeitgleich Objekte führender Vereinsmitglieder in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Brandenburg und Sachsen.

WIRTSCHAFT

Ein Weltraumbahnhof für die Nordsee

15

Von einer Plattform in der Nordsee könnten künftig Raketen ins All starten. Bundesländer wie Bremen und Niedersachsen würden von einem solchen Offshore-Weltraumbahnhof profitieren, die Wirtschaft unterstützt die Idee. Doch es gibt Konkurrenz.

KULTUR

Eine Hommage an Christo

20

Christo hat die Pariser Brücke Pont Neuf im Jahr 1985 verpackt, die Verhüllung des Triumphbogens wäre das nächste große Projekt gewesen. Dann kam die Corona-Krise und schließlich der Tod des Verhüllungskünstlers, er starb am 31. Mai in New York. Mit „Christo und Jeanne-Claude – Paris!“ widmet das Pariser Centre Pompidou dem Künstler nicht nur eine Ausstellung, sondern auch eine Hommage.

FOTO: THIBAUT CAMUS / DPA



Familienanzeigen10/11
Fernsehen27
Kindernachrichten extra28

Lesermeinung13
Notdienste10
Rätsel & Roman26

Stiftung zieht sich aus JUB zurück

Bremen. Für die private Jacobs University (JUB) in Grohn brechen entscheidende Monate an. Die Jacobs Foundation will nicht nur als Zuschussgeberin, sondern auch als Hauptgesellschafterin aussteigen. Das Wirtschaftsressort bemüht sich derzeit darum, wie die private Hochschule in Zukunft weitergeführt werden kann. „Bremen hat ein Interesse daran, dass es zu keiner kurzfristigen Insolvenz der Jacobs University kommt“, sagte Wirtschaftsstaatsrat Tim Cordßen. Einmalig will die Stiftung der Uni noch einmal knapp 63 Millionen Schweizer Franken (knapp 59 Millionen Euro) zur Verfügung stellen.

Die Jacobs University finanziert sich – außer durch das Geld von der Jacobs Foundation und vom Land Bremen – vor allem durch Studiengebühren. Offenbar gibt es in letzterem Segment Einbrüche, weil coronabedingt weniger Studierende nach Grohn kommen als geplant.

Es ist nicht das erste Mal, dass die private Hochschule ins Taumeln gerät: Zuletzt half die Hansestadt der Jacobs University 2018 durch die Übernahme eines Kredits. Christian Jacobs, der bis vor drei Jahren eine leitende Funktion in der Stiftung innehatte, zeigte sich im Gespräch mit dem WESER-KURIER dennoch zuversichtlich, dass das Geschäftsmodell Privathochschule in Grohn langfristig erfolgreich sein kann. THE

Kommentar Seite 2 / Bericht Seite 7

CORONAVIRUS

DEUTSCHLAND

Akut Infizierte (+93) **6267**
Fälle insgesamt (+503) **190862**
Genesene (+400) **175700**
Todesfälle (+10) **8895**

BREMEN

Akut Infizierte **141**
Fälle insgesamt (-1) **1656**
Genesene (+12) **1466**
Todesfälle (+0) **49**

Letzte sieben Tage / 100 000 Einwohner (Grenzwert: 50)

Bremen **8**
Bremerhaven **12**

NIEDERSACHSEN

Akut Infizierte **1032**
Fälle insgesamt (+15) **13279**
Genesene (+50) **11624**
Todesfälle (+3) **623**

Alle aktuellen Daten aus den Landkreisen der Region unter weser-kurier.de
Zahlen in Klammern: Veränderung zum Vortag
QUELLEN: RKI.de/Stand: 23.6., 0.00 Uhr, Senatorin für Gesundheit/Stand: 23.6., 14 Uhr („Fälle insgesamt“ korrigiert)
Gesundheitsministerium Niedersachsen/Stand: 23.6., 9 Uhr.

23 positive Tests bei Wiesenhof

Wildeshausen/Gütersloh. Mehrere Mitarbeiter eines Schlachthofs der PHW-Gruppe („Wiesenhof“) in Wildeshausen sind positiv auf das Coronavirus getestet worden. Das teilte das Unternehmen am Dienstag mit. Eine Reihentestung am Montag sei bei 23 von 50 Mitarbeitern positiv verlaufen, sagte ein Sprecher des Landkreises. Der PHW-Gruppe zufolge sollen alle Mitarbeiter und damit mehr als 1100 Personen auf eine Corona-Infektion getestet werden. PHW hält eine Mehrheitsbeteiligung an dem Schlachthof Geestland Putenspezialitäten.

Zwölf der infizierten Mitarbeiter wohnen im Landkreis Oldenburg. Zusammen mit dem Unternehmen sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen und die Ursachen aufzuarbeiten, sagte Landrat Carsten Harings (parteilos).

Schon Anfang Juni waren mehr als 1100 Mitarbeiter getestet worden, dabei wurde ein Infektionsfall entdeckt. Am Sonntag hatte die Kreisverwaltung Hinweise auf die Infektionen erhalten, als eine Mitarbeiterin mit Symptomen positiv auf Corona getestet wurde.

Nach dem Corona-Ausbruch beim Fleischverarbeiter Tönnies schränken die Behörden das öffentliche Leben im Kreis Gütersloh und auch im Nachbarkreis Warendorf massiv ein. Im öffentlichen Raum dürfen sich die Bewohner eine Woche lang nur mit Personen des eigenen Hausstands bewegen oder zu zweit. Außerdem werden Museen, Kinos, Fitnessstudios, Hallenschwimmbäder und Bars geschlossen, wie Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) am Dienstag mitteilte.

In Schleswig-Holstein müssen Reisende aus Corona-Hotspots wie dem Kreis Gütersloh künftig in Quarantäne. Sie haben nach der Einreise unverzüglich ihre Wohnung oder in eine andere geeignete Unterkunft aufzusuchen, um sich 14 Tage lang zu isolieren, wie die Landesregierung am Dienstag mitteilte. AB / DPA

Thema Seite 3

ÜBRIGENS ...

... hört sich schon verboten an, was in den Niederlanden verboten wird: E-Zigaretten mit dem Geschmack von Erdbeereis, Haselnusspaste oder anderen süßen Aromen. Es ist nicht die sogenannte Geschmacks-polizei, die das verbietet, sondern das Gesundheitsministerium. Denn der Hintergrund ist ernst – E-Zigaretten sollen weniger attraktiv für Jugendliche werden, da sie die Gesundheit stärker schädigen als vielfach angenommen. Dennoch gehören sie obendrein zu den Absurditäten der zeitgenössischen Konsumwelt wie auch Radiesergummis, die nach Erdbeeren riechen, oder duftende Mülltüten. DPA

WETTER

Tagsüber Nachts Niederschlag
27° 14° 20%

Viel Sonne, später Wolken

Ausführliches Wetter Seite 6

H 7166 • 28189 BREMEN

